



Nr. 602. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 23. December 1876.

Deutschland.

Berlin, 22. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Steuer-Einnahmer Künzel zu Polnisch-Wartenberg den Rothen Adler-Orden vierter Classe; so wie dem Kreisgerichts-Bureau-Dictator Denke zu Breslau, dem Jäger Haendorff vom Garde-Jäger-Bataillon, dem zur Reserve entlassenen Gefreiten Carl Boden Haupt vom Hannoverischen Pionnier-Bataillon Nr. 10 und dem Pionnier Sibum von demselben Bataillon die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Badermeister August Schindler zu Berlin das Prädicat eines Königlichen Hof-Badermeisters verliehen.

Dem Königlichen Kreisbaumeister Hermann Vohl zu Kyriz ist die Kreisbaumeisterstelle für den Kreis Teltow verliehen und gestattet worden, bis auf Weiteres in Berlin seinen Wohnsitz zu nehmen.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: Der Rechtsanwalt und Notar Stüler in Marienburg bei dem Kreisgericht in Heiligenstadt, der Gerichts-Assessor Dr. Stielke bei dem Kreisgericht in Beuthen DS., der Gerichts-Assessor Lissner bei dem Kreisgericht in Kempen, der Gerichts-Assessor Nother bei dem Kreisgericht in Gleiwitz und der Gerichts-Assessor Schmidt bei dem Kreisgericht in Lobsens. Der Kreisrichter Garle in Driesen ist mit Pension in den Ruhestand versetzt. Der Stadt- und Kreisgerichts-Rath Schäfer in Magdeburg, der Stadt- und Kreisgerichts-Rath Hahn in Danzig und der Ober-Amtsrichter Wachsmuth in Bieber sind gestorben.

Berlin, 22. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute Vormittag 11 Uhr, in Gegenwart des Gouverneurs, Generals der Infanterie, von Boyen und des Commandanten, Generalmajors von Neumann, militärische Meldungen entgegen, empfingen hierauf den von Montenegro zurückgekehrten Oberst-Lieutenant von Seebeck vom großen Generalstab und den Polizei-Präsidenten von Madai. Um 1 Uhr war der General-Feldmarschall Graf von Roon und später der Kammerherr Graf Keller zur Audienz befohlen.

Um 2 1/4 Uhr begaben Se. Majestät Sich nach dem königlichen Schloß, um den Schluss des deutschen Reichstages zu vollziehen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern um 11 Uhr Vormittags militärische Meldungen entgegen und begab Sich um 11 1/4 Uhr zur Einweihungsfeier nach dem neuen Gebäude der vereinigten Artillerie- und Ingenieur-Schule. Um 4 Uhr Nachmittags empfing Höchstersehne die Oberst-Lieutenants von Manley und von Seebeck vom Generalstab und wohnte von 6 Uhr ab einer Sitzung des Centralcomite's der Victoria-National-Invaliden-Stiftung bei.

(Reichsanzeiger)

○ Berlin, 22. Dec. [Dementi. — Die Landtags-Eröffnung. — Sitzung des Bundesrats. — Eisenbahntarif.] Außer mit der Fortsetzung der Polemik über die Compromisverhandlungen beschäftigt sich die Presse wie kurz vor und kurz nach jeder Reichs- oder Landtags-Session mit Gerüchten von bevorstehenden Ministerwechseln. Diesmal gilt es dem Rücktritt des Ministers Leonhardt und seiner voraussichtlichen Ersetzung durch den Cultusminister, als dessen Nachfolger der Prof. Gneist genannt wird. Diesen Gerüchten wird an unterrichteter Stelle keine Glaubwürdigkeit zugeschrieben; wenigstens ist von einer Absicht des Justizministers, jetzt aus seiner Stellung zu scheiden, nichts bekannt. — Unsere jüngst gemachte Bemerkung, welche den Conjecturen über die wahrscheinliche Eröffnung des Landtages berichtigend entgegengesetzt ist, ist mehrfach so gebeutelt worden, als ob über den Termin noch völlige Ungewissheit herrsehe. Es ist deshalb daran zu erinnern, daß schon vor langerer Zeit der 12. Januar als für die Eröffnung der Landtagssession feststehend bezeichnet worden ist. Ein früherer Termin konnte mit Rücksicht auf die am 10. Januar stattfindenden Reichstagswahlen nicht in Aussicht genommen werden; dagegen ist aber auch ein späterer deshalb nicht zulässig, weil am 12. Januar der 90-tägige Zeitraum abläuft, welcher zwischen der Auflösung des Abgeordnetenhauses und dem Wiederzusammensein des Landtages als Maximum verfassungsmäßig bestimmt ist. Der 12. gilt auch in Regierungskreisen schon seit Wochen als feststehend. — Auch heute um 11 1/2 Uhr hat eine Sitzung des Bundesrats stattgefunden, in welcher über die Compromisse in Sachen der Reichsjustizgesetze Beschlüsse gefaßt werden sollten. Es war notwendig, daß auch das Votum des Bundesrats noch vor der Schlusssitzung erfolgte, damit der Kaiser das Zustandekommen der Justizgesetze als einen vollendeten Act bezeichnen könnte. Unter den deutschen Eisenbahnverwaltungen haben bekanntlich Verhandlungen stattgefunden, um im Umschluß an die durch die Tarif-Enquête gewonnenen Resultate zu einer endlichen Verständigung über ein gemeinschaftliches Fracht-Tarif-Schema zu gelangen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war ein von fast allen deutschen Eisenbahnverwaltungen angenommenes Tarifschema, gegen dessen Einführung der Bundesrat vom Standpunkt des Reiches im Allgemeinen nichts zu erinnern gefunden hat. Die Verständigung beruht im Wesentlichen auf dem Boden des Gegenläufigen zwischen dem sogenannten natürlichen oder elsaß-lothringischen System auf der einen, und dem reinen Wertklassen-System auf der andern Seite vermittelnden sogenannten gemischten Tarifsystem, welches seit einigen Jahren in Bayern und Württemberg, seit Kurzem auch im Wechselverkehr beider Staaten mit Sachsen zur Anwendung gekommen ist und sich auf diesem großen Verkehrsgebiet bewährt hat. Da es dem Handelsminister von Wirth ist, vor der Feststellung der neuen Güterklassifikation der Specialtarife die Wünsche der beteiligten Kreise in Bezug auf Einreichung der einzelnen Artikel entgegen zu nehmen und über das Verzeichniß der sperrigen und der der Deckung bedürftigen Güter die gutachtlische Auskunftsberatung derselben Kreise zu vernehmen, so sollen die Directionen der Eisenbahnen, die Handelskammern, die Vorstände der kaufmännischen Corporationen, sowie der landwirtschaftlichen und bergmännischen Vereine veranlaßt werden, ihre Wünsche und Anträge in dieser Beziehung und über die angegedeuteten Fragen an die Behörden gelangen zu lassen.

= Berlin, 22. Decbr. [Der Schluss des Reichstags. — Eisenbahntarif.] Ein selten schöner Wintertag, der das weihnachtliche Gefühl in den Straßen ohnehin vermehrte hatte, führte heute Mittag zahlreiche Menschgruppen in die Nähe des königlichen Schlosses, in welchem Nachmittags 2 1/2 Uhr der feierliche Schluss des Reichstages durch den Kaiser erfolgen sollte. Bei der Auffahrt des Monarchen wurde derselbe von allen Seiten mit lautem Zuruf begrüßt. Im Weißen Saale waren, wie immer bei solchem Anlaß, die Zuhörertribünen gleich nach der Eröffnung überfüllt. Leider ist für die Berichterstatter der Zeitungen noch immer keine besondere Fürsorge getroffen, um ihnen eine erforderliche Übersicht über die Vorgänge im Saale zu verschaffen; nur den Referenten des „Reichs- und Staatsanzeigers“ hat man den Zutritt zum Saale selbst gewährt. — In der Diplomatenlage erschienen die Botschafter Österreichs und Russlands, die Gesandten

Spaniens, Dänemarks und der Schweiz, sowie eine Anzahl von Attachés aller Legationen, besonders zahlreich war die türkische Botschaft vertreten. In der Hofloge erschienen die Frau Prinzessin Friedrich Carl nebst ihren beiden Töchtern. Bald nach 2 Uhr traten die ersten Abgeordneten in den Saal, bald folgten ihnen die Generalität, die Regiments-Commandeure der hiesigen Garnison u. und eine große Anzahl hoher Reichs- und preußischer Staatsbeamter. Im Ganzen waren etwa 150 Mitglieder des Reichstages anwesend, die überwiegende Mehrzahl gehörte den Nationalliberalen an, jedoch bemerkte man auch einige Mitglieder der Fortschrittspartei, so die Abg. Hofmann und von Saucken-Tarpitschen, ferner die Abg. Dr. Löwe und Prof. Baumgarten, vom Centrum den Schriftführer Dr. Bernards und den Hospitanten des Centrums, den in letzter Zeit vielgenannten Abgeordneten von Ludwig. In den Reihen der Abgeordneten befanden sich auch die beiden preußischen Minister Dr. Falck und Dr. Friedenthal. Unter den Anwesenden endlich befand sich auch der greise General-Feldmarschall Graf Wrangel. Etwa nach 2 1/2 Uhr trat der Bundesrat in den Saal, geführt vom Fürsten Bismarck und es nahmen die Herren zur Linken des Thrones in folgender Weise Aufstellung: Fürst Bismarck, der bayerische Ministerpräsident v. Preßschner, der preuß. Finanzminister Camphausen, der sächsische Justizminister Becken, der preuß. Minister des Innern Graf Eulenburg, der bayerische Justizminister Dr. v. Fäulster, der preußische Justizminister Dr. Leonhardt, der preuß. Minister Dr. Achenbach, v. Stosch u. Nach erfolgter Aufstellung verließ Fürst Bismarck den Saal, um letztere dem Kaiser zu melden. Wenige Minuten, nachdem er zurückgekehrt war, erschien Se. Maj. der Kaiser mit den Prinzen und dem Gefolge. Der Kaiser bestieg den Thron, zu seiner Rechten stellten sich auf der Kronprinz, die Prinzen Carl, Friedrich Carl, Alexander, Georg und August von Württemberg. Als der Kaiser in den Saal trat brachte der Reichstagspräsident v. Forckenbeck ein dreimaliges Hoch aus. Der Kaiser bedeckte darauf das Haupt, empfing aus der Hand des Fürsten Bismarck die Thronrede und verlas dieselbe mit lauter Stimme. Die Stellen welche sich auf die Justizgefege beziehen wurden dreimal und ebenso zweimal die Stellen welche die friedlichen Bestrebungen der deutschen Politik betreffen und endlich der Schluss der Rede mit Beifall begleitet. Nach derselben erklärte Fürst Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers den Reichstag für geschlossen, und der bayerische Minister-Präsident von Preßschner brachte ein erneutes Hoch auf den Kaiser, welches die Versammlung dreimal entzückt erwiderte. Damit war gegen 3 Uhr der Act beendet. — Bei Gelegenheit der Bundesrats-Beschlüsse über die Reform des Eisenbahn-Gütertariffs erwähnte der badische Bevollmächtigte der auf dem Großherzogthum Baden lastenden Frachtingleichheiten, welche bez. seines directen Verkehrs gegenüber dem gleichen Verkehr des Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen bestehen. Die badische Regierung habe nur von besonderen Anträgen um deshalb Abstand genommen, weil der preußische Handelsminister bereits in den Ausschüssen erklärt hatte, dahin wirken zu wollen, daß bei der Neubildung der directen Tarife mit Elsaß-Lothringen und mit Baden, die den Reichsbahnen etwa zugehörigen Ermäßigungen an den Normalzälen auch den großherzoglich badischen Bahnen eingeräumt werden soll und von dem königlich sächsischen Bevollmächtigten ein gleiches Entgegenkommen ausgesprochen worden war.

△ Berlin, 22. Dec. [Aus dem Reichstage.] Die Verhandlungen, welche dieser Tage im Reichstage gespielt sind, hatten gestern in den Reden von Hänel, von Bennigsen, Lasker und Richter ihren politischen Höhepunkt erreicht. Besonders die ersten beiden Redner, die vom Reichstage in vollster Andacht angehört wurden, hoben die alten und neuen Gegensätze zwischen den beiden liberalen Parteien in glänzender Diction zur vollen Befriedigung ihrer Parteigenossen hervor. Nur eins ist vielleicht in der ganzen Debatte nicht hinreichend festgestellt, das Verhältniß des Inhaltes des Compromises zu denselben politischen Grundsäzen, zu welchem sich die gesammte liberale Partei seit 1848 in Betreff der Rechtspflege und der Presse stets bekannt und die sie in dem Programm der Fortschrittspartei von 1861 in kurzen knappen Umrissen niedergelegt hat. Daß auch die aus der Fortschrittspartei 1866 ausgeschiedenen Nationalliberalen diese Grundsäze bei der Abschließung des Compromises so wenig gewichtig ansahen, daß für das Staunen ihrer alten Freunde über den Inhalt des Compromises selbst wieder anstaunten, — das hat ohne Zweifel in nicht geringer Masse zur Verbitterung unter den Parteien beigetragen; — man fand beiderseitig, daß man sich gar wenig gekannt und arg in einander getäuscht hatte. Wer späterhin die Debatten dieser Sitzungstage nach den stenographischen Berichten durchstudirt, der wird der Fortschrittspartei das Unerkenntlich nicht versagen, daß sie die durch den Compromiß berührten Bestimmungen nach allen Richtungen hin klarzustellen und im Einzelnen sogar noch zu verbessern gesucht hat, und daß die hierbei mitwirkenden juristischen Redner sich durch die fast gänzliche Erfolglosigkeit ihrer redlichen Bemühungen nicht abschrecken ließen und in ihren sachlichen Erörterungen nicht ermüdeten. So ist es denn auch gekommen, daß neben den drei fortschrittlichen Mitgliedern der Justizcommission (Kloß, Herz und Eysoldt) noch eine ganze Reihe fortschrittlicher Abgeordneten (Frankenburger, Erhard, Hofmann, Eberty, Aussfeld, Hänel, Richter, von Saucken, Banks) an diesen Debatten thätigen Anteil genommen haben, während sich sonst die Fraktion nicht gerade durch Redelust auszeichnet. Dieser sachliche Inhalt der Debatten hat übrigens zur Versöhnlichkeit nicht beigebracht, wenn schon die äußere Haltung der Parteien heute ruhiger als gestern war. Man empfand in Folge der Darlegungen die Differenzen noch tiefer, welche bei den einzelnen Punkten hervortraten. Heute fehlten vom Centrum und von den Polen sehr viele, so daß bei der Schlufabstimmung nur noch 100 Nein blieben. Die namentliche Abstimmung über das Gerichtsverfassungsgesetz war von einem Theil der Nationalliberalen gegen den Willen des Vorstands eingegangen. Fortschrittlicherseits wurde hierauf Namensaufruf über die Civilprozeß-Ordnung beantragt, für die die ganze Fortschrittspartei ohne Ausnahme stimmte, aber wieder zurückgezogen, da man meinte, die Constitution dieses Factums durch die stenographischen Berichte nicht nötig zu haben. Schwankend in der Abstimmung waren nur die vier nationalliberalen Dissidenten (Wulfshain stimmte in der Regel Nein, am Schluss Ja; Michaelis fehlte zum Schluss und Thilenius enthielt sich der Abstimmung) und die sogenannte Gruppe. Von dieser stimmte Baumgarten

durchweg mit der Fortschrittspartei, die beiden Baierinn Zinn und Groß und der Württemberger Hintreiter immer mit der Compromispartei; die anderen schwankten — zum Schluß vereinigten sie sich bis auf Baumgarten in Ja. Der Ostpreuße Donath war abgereist, er nimmt kein Mandat mehr an. Wenn die Abstimmung der Abg. Löwe und Berger, die bisher noch der Fortschrittsfraction des Abgeordnetenhauses angehörten, mit Rücksicht auf das alte Fortschrittsprogramm bei der Reichstagsfraction Unwillen erregte, so ist das nicht zu verwundern. In den politischen Kreisen der hiesigen Bürgerschaft ist der Unwill über den Compromiß und seine Urheber und Teilnehmer sehr groß. [Preßprozeß.] Der „Berliner Börsen-Courier“ schreibt:

Die siebente Deputation des Stadigerichtes hatte gestern in einer Angelegenheit, welche uns selbst betrifft, zu entscheiden. Sie hat hierbei eine Strene obwalten lassen, welche gerade in diesem Augenblide in eigenbürtiger Weise das Vertrauen illustriert, welches ein Theil der „liberalen“ Partei dem bisherigen Zustande der Dinge durch den bekannten Compromiß entgegengebracht hat. Es handelt sich um einen Artikel in Nummer 407 des „Börsen-Courier“, welcher in humoristischer Weise den Ende August abgehaltenen großen Zapfenstreich bepricht. Es war in diesem Artikel u. A. gesagt, ein philosophisches Dicton behauptete, was ist, ist vernünftig, demgemäß müßte es auch wohl ein Zapfenstreich sein u. Hierin ungefähr bestand das Verbrechen, welches dem verantwortlichen Redakteur des „Berliner Börsen-Courier“ eine Anklage wegen Beleidigung zugezogen hatte. In dem gestrigen Termine erklärte der Staatsanwalt die Beleidigung, welche in jenem Artikel enthalten sei, für eine „ganz außerordentliche“. Es sei eine solche in ganz direkter Weise gegen die Person des Kaisers erhoben worden (der Name des Kaisers ist in jenem Artikel nicht mit einem Worte genannt), indem gesagt wäre, der „beschämte Unterthanenverstand“ sei nicht im Stande, ein großes militärisches Schauspiel zu würdigen. Der Antrag des Staatsanwaltes lautete auf eine neunmonatliche Gefängnisstrafe und der Gerichtshof erklärte diesem Antrag gemäß. Es wird selbstredend der Appellationsweg bestritten werden.

Kassel, 21. Decbr. [Preß-Prozeß.] Gegen den Schriftsteller Strubberg, genannt Armand, dahinter verhandelte gestern die Strafammer des Kreisgerichts eine Anklage wegen Beleidigung bez. Verlämmdung des preußischen Staatsministeriums, sowie wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen durch Verbreitung entstellt und unwahrer Thatsachen. Die Anklage stützt sich auf eine von dem Beschuldigten Ende Februar d. J. im Auftrage der hessischen Agnaten an die beiden Händler des Landtags eingereichte Denkschrift über die rechtliche Seite des hessischen Familiens-Feinde-Cognissances, in welcher diesjährige Verwaltung die vom Civilgerichte bis jetzt weder der Krone Preußen, noch den Agnaten zugesprochenen Vermögens, speziell die Veräußerung einzelner Objekte, einer scharfen Kritik unterzogen wird. Auf Grund der heutigen Verhandlung, in welcher der Beschuldigte die Unrichtigkeit der von ihm behaupteten Thatsachen gegenüber einem Zeugen bestritt und jede beleidigende Absicht seinerseits zurückwies, glaubte die Staatsanwaltschaft die Anklage aufrecht erhalten und eine dreimonatliche Gefängnisstrafe beantragen zu müssen. Die Beleidigung hatte Reichsanwalt Trenz zu Fulda übernommen, welcher in einem glänzenden Plaidoyer kostlose Freisprechung beantragte. Derselbe führte namentlich aus, daß nach Lage der Sache eine Schuldigstellung seines Mandanten notwendig als ein Präjudiz in der noch nicht entschiedenen Frage über die Eigentums-Verhältnisse des in Rede stehenden Vermögens angesehen werden müsse, worüber doch vor diesen Schranken nicht verhandelt werden könne. Die beleidigende Absicht bestritt er auf das Entscheidendste, da es sich hier lediglich um eine Wahrung berechtigter Interessen handle. Auch sei der Strafantrag nicht rechtzeitig vom Staatsministerium gestellt worden. Hinsichtlich der angeblich falschen Thatsachen betonte er, daß allerdings das Vermögen in einer zum Theil nicht zu rechtfertigenden Weise verwaltet worden sei. Das Urteil soll nächsten Sonnabend publicirt werden.

Frankfurt a. M., 21. Decbr. Durch das heute in dem Prozeß Mehring gegen Sonnemann verhandelte gerichtliche Urtheil wird der Eigentümer der „Frankfurter Zeitung“, Sonnemann vollständig freigesprochen und Mehring in die Gerichtsstätte verurtheilt. Beklagter hatte in einer im Hochsommer dieses Jahres stattgehabten Zeitungspolemik über angebliche Consortialbeleidigung von Mitgliedern der Presse, dem Kläger „Expresionsversuch“ und notorischem Verlämmdung vorgeworfen. Von beiden Seiten wurde der Wahrheitsbeweis proponirt und angenommen: und zwar von Herrn Sonnemann dahin, daß Mehring dassjenige sei, was er ihm vorgesetzte, von dem Kläger, daß Sonnemann sich habe beihilfieren lassen bei unsäuberen Gründungen und sein Wort gebrochen habe.

München, 21. Decbr. [Die bairische Regierung] hat durch Decret vom 14. d. M. die Kürassiere abgeschafft, ein Vorgehen, welches in militärischen Kreisen für einen großen Fortschritt gehalten wird. Österreich ist nach dem Kriege von 1866 mit der Aufhebung dieser Truppengattung vorausgegangen, da man sich überzeugt hatte, daß der geringe Vortheil des Panzers die Nachtheile des schweren Pferdes und des langsamem Tempos nicht aufwiege. Von der geringen Schutzkraft des Kürasses hatte man auch im französischen Kriege Gelegenheit sich zu überzeugen, da die Chassepotugeln denselben schon aus einer Entfernung von 700 Meter durchschlugen. Es war einst die Rede davon, den alten ca. 20 Pfund wiegenden Küras durch einen leichteren besser schützenden Panzer zu ersetzen; doch sind bisher noch nicht einmal Versuche dazu gemacht worden. Auch die über 7 Pfund wiegenden Stiefel, welche den Mann zu Fuß fast unfähig zu jeder Bewegung machen, sind noch immer beibehalten worden. Will man einmal diese mit der preußischen Geschichte eng verknüpfte Waffe beibehalten, so mache man sie wenigstens durch zeitgemäße Verbesserungen und Erleichterungen lebensfähig.

Österreich.

Wien, 21. Decbr. [Über die Maros-Affaire] bringt das „W. Tgl.“ folgende Darstellung: Am 19. Decbr. gegen 3 Uhr Nachmittags wollte sich der österreichische Vertreter in Belgrad, Fürst Wrede, in Gesellschaft des deutschen Vertreters, Grafen Bray, von Belgrad nach Semlin begeben. Die Überfahrt, die etwa 12 Minuten in Anspruch nimmt, fuhr auf dem österreichischen Monitor „Maros“ geschehen. Der „Maros“ lag etwa drei, vier Minuten vom gewöhnlichen Landungsplatz entfernt. Fürst Wrede und Graf Bray benötigten deshalb ein serbisches Boot, einen sogenannten „Schamak“, um vom Ufer an Bord des „Maros“ zu gelangen. In demselben Augenblide fast, als die beiden genannten Persönlichkeiten den Monitor bestiegen hatten, fiel von dem Balkon der Feste ein Schuß auf das Kriegsschiff. Eine Schildwache hatte aus ihrem Peabody-Gewehr feuern gegeben. Es erfolgte dann eine heftige Detonation auf dem Schiffe, als wären Kanonen abgefeuert worden, worauf die serbische Schildwache noch einige Schüsse auf das Schiff richtete. Die Serben behaupten nun, daß der „Maros“ die ersten Schüsse der Schildwache mit zwei Kanonenkästen beantwortet habe, während die Detonation, die man in der Feste und in Belgrad hörte und die man als regelrechtes Kanonenfeuer deutete, durch ein trauriges Ereignis hervergerufen wurde, das sich an Bord des „Maros“ zutrug. Das Geschütz im Thurm des Monitors sollte scharf geladen werden, die Granate aber platzte, bevor sie noch in das Geschütz gelangt war, aus irgend einer noch nicht aufgeklärten Ursache und die Stütze des Geschützes verbrundeten den Linienschiff-Zähnrich Pfusterschmid, dann vier Matrosen schwer und

sieben andere Matrosen leicht. Während also auf serbischer Seite behauptet wird, der „Maros“ habe auf die Festung oder auf die Stadt geschossen, traf die Explosion, die man in Belgrad hörte, das Schiff selbst. Niemand aber wird bestreiten können, daß es sich gebürt hätte, wenn der „Maros“ sofort auf die serbischen Kugeln, die ihm zugesendet wurden, mit Kugeln von seiner Seite geantwortet hätte. Daß das nicht gesah, ist wohl dem Umstände zuzuschreiben, daß die Explosion der Granate im Innern des Schiffsturms, die eine größere Anzahl von der Bedienungsmaatschaft zum Bedienen des Gefäßes unsfähig mache, den Monitor veranlaste, sich dem österreichischen Ufer nach Semlin zuzuwenden, um dort vor Allem für seine Bewunderten Sorge zu tragen. Bevor aber der „Maros“ nach Semlin dampfte, hatte Fürst Wrede mit dem Grafen Brax das österreichische Kriegsschiff wieder verlassen. Der Fürst gab seine Absicht auf, nach Semlin zu gehen, er hatte neue, dringendere und ernstere Geschäfte in Belgrad. Ein Boot führte ihn zum Landungsplatz am Belgrader Ufer und er eilte nun in die Stadt, wo mittlerweile die ersten Folgen des Ereignisses eingetreten waren. Als man die Gemeinschaft und die bestige Detonation von der Wasserseite und in der Festung gehört hatte, eilte der Festungscommandant, Oberst Zabaraš, auf die Walle. Der Commandant ist ein ergrauter Soldat, der jahrelang beim Fürsten Michael als Adjutant functiont hatte und der, als ihn die Gebrechlichkeit des Alters unsfähig für den aktiven Dienst gemacht, den Befehl über die Festung Belgrad erhielt, mit welchem Posten auch die Oberaufsicht über die in dieser Festung befindliche Straflings-Anstalt verbunden ist. Der Oberst nahm den Rapport der Schildwache, die geweckt hatte, entgegen, nadjdem der Mann abgelöst worden war. Der Soldat berief sich auf seinen Befehl, Feuer zu geben, wenn ein bewaffnetes Schiff in das ihm bezeichnete Gewässer einfahren sollte, und diesen Befehl habe er vollführt. Während des Verhöres war aber auch schon Fürst Milan in Begleitung seines Kriegsministers in der Festung erschienen. Im Konal des Fürsten hatte man auch die Detonation gehört. Von der Residenz Milans gelangt man in ungefähr 12 Minuten zu Wagen nach der Festung. Gerade um jene Stunde war der serbische Ministerrat im großen Saale des Ministeriums des Außenrs zu einer Sitzung versammelt. Das Gebäude liegt am äußeren Park des Konal und der Kriegsminister wurde sogleich zum Fürsten bechieden, um mit demselben die Fahrt nach der Festung anzutreten. Ristic hatte mittlerweile berittene Gendarmen in die Stadt abgesetzt, man war nämlich der Meinung, daß das Schießen durch Exzepte des russischen Freiwilligen herborgerufen worden sei. Das Ministerium blieb in Permanenz verfammt, während der Fürst nach der Festung eilte. Dort erfuhr der Fürst von dem Angriff der Schildwache auf das österreichische Kriegsschiff. Der Soldat wurde ins Gefängnis geschickt und Oberst Zabaraš erhielt auf der Stelle seine Entlassung. Fürst Milan mußte wohl sofort den ganzen Ernst des Ereignisses erkannt haben. Als er sich in den Konal zurückbegab, war bereits Fürst Wrede im Regierungsbüro erschienen. Er fand die Minister in höchster Besürfung. Man eilte dem österreichischen Vertreter mit Entschuldigungen der devotesten Art entgegen, man sprach die Bereitwilligkeit aus, jede gewünschte Satisfaction auf der Stelle zu geben, man kündigte dem Fürsten die Entlassung des Festungscommandanten und die Verhaftung der Schildwache an. Fürst Wrede führte aber eine sehr ernste Sprache. Er betonte, daß er nach Allem, was bereits früher vorgenommen, den heutigen Fall nicht als einen vereinzelten gelten lassen könne, als einen Fall, der etwa wieder durch ein „Mißverständnis“ entstanden sei. Fürst Wrede legte Protest gegen das Vorgehen der serbischen Regierung ein, nahm die Satisfaction, welche man durch die Entlassung des Festungscommandanten zu geben vermeinte, nicht an, sondern stellte vielmehr weitere Schritte nach Maßgabe der von ihm einzuholenden Instructionen in Aussicht. Auf diese decidirte Erklärung hin telegraphierte Ristic an den serbischen Vertreter in Wien, Herrn Zukic, der selbe solle sofort dem Grafen Andrašy das Bedauern der serbischen Regierung über den Vorfall ausdrücken und die Bereitwilligkeit derselben aussprechen, jede Art von Genugthuung zu geben. Dabei aber blieb es nicht. Im Ministerrat wurde die ganze Sachlage erwogen und man gelangte zur Ansicht, daß Österreich sich mit der Verstrafung des Festungscommandanten und der Schildwache gewiß nicht begnügen würde. So beschloß denn das Ministerium, seine Demission zu geben. Damit sollte die Satisfaction gegeben werden. Allein das ist wohl nur der äußere Grund für die Demission des Ministeriums. Herr Ristic mochte wohl empfinden, daß Österreich, durch die vielschlägigen Insulten, die seiner Flagge widersprechen sind, auf das Empfindliche gereizt, in diesem leichten Falle bei einer Genugthuung persönlicher Art nicht stehen bleiben, sondern endlich materielle Garantien gegen die Wiederholung solcher Vorfälle verlangen würde. Solche Garantien aber zu geben, will Ristic vermeiden, und deshalb beschloß er, mit seinen Collegen das Feld zu räumen und die Demission zu geben. Gestern Vormittag erschien der serbische Vertreter in Wien, Herr Zukic, beim Grafen Andrašy. Ueber den Verlauf der Unterredung hören wir aus diplomatischen Kreisen, daß wohl Herr Zukic alles aufbot, um eine mildere Auffassung des Falles zur Geltung zu bringen, daß er aber hören mußte, wie die österreichische Regierung den Fall sehr ernst nehmen und sehr weit gehende Satisfaction verlangen werde. Dem serbischen Vertreter wurde ferner eröffnet, daß die Kaiserliche Regierung an Mitteln denken müsse, um ein für alle Mal solche ihrer Würde und ihrer Ehre und den Interessen ihrer Untertanen absolut untragliche Vorommisse, die aus den abnormalen Zuständen, denen man in Serbien kein Ende machen zu können scheint, resultieren.“

** Wien, 21. Dec. [Die „Maros“-Affaire. — Midhat Pascha Großvezier.] Die ungarischen Blätter, Lisza's Organ „Hon“ an der Spitze, sind einig darüber, daß von unserer Seite eine Occupation Belgrads erfolgen müsse; es sei unerträglich — sagt der „Lloyd“ — daß wir von dort aus, unter dem Schutz einer russischen Garnison, fort und fort ruhig die infamsten Provocationen geduldig über uns ergehen lassen sollen. So heißt, wie diese Herren die Suppe einbrocken, wird sie nun wohl schwerlich ausgegessen werden; dagegen ist die weitere Bemerkung des Pester Blattes, die Entlassung Ristic sei ein Glück für Serbien, dessen böser Stern er gewesen, keine Genugthuung für Österreich — ein nicht blos an sich wahres, sondern auch ein zu den Thatsachen stimmendes Wort. Schön Fürst Wrede erklärte dem Fürsten Milan: von „Mißverständnissen“ könne fernerhin nicht die Rede sein. Ganz in demselben Sinne sagte Graf Andrašy dem hiesigen Residenten Serbiens, Dr. Zukic: mit bloßen Personalveränderungen sei nicht geholfen, es handle sich um Erwerbung materieller Garantien gegen die Wiederkehr von Ereignissen, wie sie aus den anarchischen Zuständen mit Nothwendigkeit hervorgerufen, die Serbien allein nicht bewältigen zu können scheine. In Folge davon ist Zukic, zur Bildung eines neuen Cabinets nach Belgrad beraus, heut Nachmittag mit dem Pester Schnellzuge von hier abgereist. Von hohem Interesse ist, daß der bereits abgesetzte Oberst Zubovac, der die Citadelle von Belgrad commandirte, ein Russe sein soll. Diese intime Allianz mit Russland wird uns noch ganz wunderbare Früchte tragen für Kind und Kindeskind! — Die Ernennung Midhat Paschas zum Großvezier trägt wohl, trotz des entgegengesetzten Telegramms aus Konstantinopel, die letzten Friedenshoffnungen zu Grabe: denn gründlicher konnten Russlands Pläne wohl nicht durchkreuzt werden, als daß der Mann, der Abdul Ajis und Murad V. gestürzt, den Ignatjeff nicht einmal als Staatsratspräsidenten dulden wollte, das Großvezierat übernimmt. Es ist das ein neuer Schachzug und ein neuer Sieg Englands, der zugleich das Gerücht von einer bevorstehenden Verständigung Salisbury's mit Ignatjeff sattsam illustriert. Wie weit die Stimmung in England selber den Lord Beaconsfield und Earl Derby gestatten wird, diesen Sieg zu verfolgen, ist freilich eine andere Frage. Vorläufig ist mit Midhat diejenige Politik, die zum Motto hat: „so oft Ignatjeff sagt Autonomie, sagen wir Constitution“, zur Herrin der Situation geworden; und es kann da weder von Reform-Garantien, noch von Occupation, noch überhaupt von Bewilligung einer Ausnahmestellung an insurgirte Provinzen die Rede sein. Für die Realität der geplanten Reformen bürgt aber Midhat's Name: sie sind ihm eben so Ernst, wie die Wahrung der Unabhängigkeit und Integrität des türkischen Reiches, dessen Gesamt-Bevölkerung die Verbesserungen umfassen sollen. Das hat Midhat eben so sehr durch seine muskergütige Verwaltung des Donau-Vilajets wie durch die eiserne Strenge gezeigt, womit er vor acht Jahren die dort von Russland angezielte Empörung der Bulgaren blutig niederschlug. Weil er die Türkei regenerieren will, haft Russland den Mann wie die Sünde.

Schweiz.

Zürich, 19. Dec. [Aus dem Nationalrath.] Das Gesetz über die Niedergelassenen. — Zum Budget für 1877. — Aus dem Ständerath. — Das Gesetz über Wasserbaupolizei. — Das Fabrikgesetz. — Die Wahlen in der Bundesversammlung.] Die parlamentarischen Bundesgewässer fleßen lustig stromweise weiter. Der Nationalrat gelangte zum Gesetz über die civilrechtlichen Verhältnisse der schweizerischen Niedergelassenen und Aufenthalter. Dasselbe soll mit allerlei cantonalen und communalen Engherzigkeiten und Verzügungen aufzuräumen. Die mehrjährige Verhandlung war reich an Reden und Anträgen. Art. 1 stellt das Recht und die Gerichtsbarkeit des Wohnsitzes im Allgemeinen als Regel auf. Nach Art. 2 soll nur Ein ordentlicher Wohnsitz gelten, nämlich der des dauernden Aufenthaltes. Art. 3 gestattet Ausnahmen für Personen, die außerhalb ihres Wohnortes Berufe oder Gewerbe betreiben. Ueber Art. 6, welcher vom ehelichen Güterrecht handelt, entbrannte eine wahre Hunnenschlacht, welche zwei Tage in Anspruch nahm. Die älteste Rechte wollte es beim alten Heimathrecht belassen, während Bundesrat und Commission das Recht des Wohnsitzes vorstellten. Es fielen Anträge auf mehr oder weniger Einschränkung dieses Rechtes. Die St. Gallen priesen das bei ihnen bewährte reine Territorialprinzip an. Zulegt nach mühsamer Durchsichtung aller Anträge und Unteranträge in zahlreichen Abstimmungen gestaltete sich der Artikel wie folgt: Das eheliche Güterrecht unterliegt der Gesetzgebung des Wohnsitzes. Nach Verlegung des Wohnsitzes gilt im Falle des Concurses das Recht des neuen Wohnsitzes. Im Übrigen bleiben die betreffenden Rechtsverhältnisse, soweit sie durch Vertrag oder Gesetz begründet sind, unverändert bestehen. Sie bleiben auch ferner in Kraft, wenn innerhalb der Frist von sechs Monaten der eine oder andere Ehegatte bei der zuständigen Behörde sie einregistriert lässt. Ist die Anmeldung zur Einregistrierung nicht binnen der erwähnten Frist erfolgt, so gilt hernach das Recht des neuen Wohnsitzes.“ Art. 8—13 ordnen die Vermögensverhältnisse nach dem Grundsatz des Wohnsitzrechtes. Durch Art. 13 wird die muhamedanische Geschlechtsvermischung der Frauen bei Veränderung des Wohnsitzes über Bord geworfen. Art. 14 und 15, welche auch viel zu reden geben, besagen schließlich: „Die Verlassenschaft eines in der Schweiz wohnhaften Schweizerbürgers steht erbrechlich unter dem Gesetze und dem Richter des Ortes, an welchem er im Zeitpunkte des Todes seinen ordentlichen Wohnsitz hatte, diejenige eines außerhalb der Schweiz domiciliirt gewesenen Schweizerbürgers, soweit schweizerisches Recht zur Anwendung kommt, unter dem Gesetze und dem Richter der Heimat.“ — Ueber die Form von leitwilligen Verordnungen und Erbverträgen sind die gesetzlichen Bestimmungen des Ortes maßgebend, wo dieselben errichtet worden sind. Das ganze Gesetz soll mit Neujahr 1878 in Kraft treten. In der Gesamt-Abstimmung ging es nur knapp durch, mit 57 gegen 51 Stimmen. — Der Nationalrat machte sich dann an das vom Ständerath bereits erledigte Budget für 1877. Dem Postulat wegen Erhöhung des Verkaufspreises der Munition und des Pulvers wurde zugestimmt, dagegen das Postulat wegen eines Zuschlages beim Verkauf der Franko-Converte abgelehnt. Als neues Postulat wurde beschlossen, daß vor Erneuerung der Handelsverträge der Bundesrat einen schweizerischen Zolltarif vorlegen solle. Das Einnahme-Budget wurde ganz im Einklang mit dem Ständerath festgestellt. — Der Ständerath setzte die Berathung des Gesetzes über die eidgenössische Wasserbaupolizei im Hochgebirge fort. Art. 1 bezeichnet diejenigen Gewässer, auf welche sich die Ober-Aufsicht des Bundes erstreckt. Die folgenden Artikel sprechen von den den Cantionen obliegenden Verbauungen, Eindämmungen und Correctionen. Was sie versäumen, läßt der Bund auf ihre Kosten herstellen. Der Bund leistet zu den Arbeiten einen Beitrag von 40 p. C.; die Vertreter der Berg-Cantone setzen dies schließlich durch, nachdem Anfangs blos ein Drittel beschlossen war. Die Benutzung der Gewässer zu industriellen Zwecken und zum Flößen ist an die Genehmigung des Bundesraths gebunden. Das ganze Gesetz wurde fast einstimmig genehmigt. — Auf der Bildfläche des Ständeraths erschien sodann das bis jetzt mit heiliger Schen behandelte Fabrikgesetz, welches der Nationalrat schon im Sommer erledigt hatte. Auch jetzt noch wurde ein Verschiebungsantrag gestellt, weil die Vorarbeiten noch nicht gründlich genug seien. Nach lebhafter Gegenrede Zanggers gegen solche dem Volke mißliebige Verchleppung wurde mit allen gegen 2 Stimmen Eintreten beschlossen. Bei Art. 1 nahm man, wie im Nationalrat, den Zusatz „in geschlossenen Räumen“ an, um den Begriff einer Fabrik zu bestimmen. Auch andere wichtige Punkte wurden im Sinne des Nationalraths genehmigt, so die Vorschriften über solche Fabrikseinrichtungen, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter gesichert seien, aber Genehmigung der Baupläne und des Betriebs durch die Cantonsregierungen u. c. Nur bei dem Art. 5 (Haftbarkeit des Fabrikanten für Tötungen und Verlebungen, vorbehaltlich höherer Gewalt und Selbstverschuldnung), wich die Commission stark vom Nationalrat ab, indem sie den Gegenstand auf ein besonderes Gesetz vertrösten wollte und die Haftbarkeit für besonders gefährliche Fabrikationen, wie die der Zündhölzchen, ganz wegließ. Kappeler, Vigier u. A. fanden diese Haftbarkeit auch zu weitgehend; Zangger, Bodenheimer und Bundesrat Schenk dagegen bestanden auf derselben. Schließlich wurde wenigstens so viel beschlossen, daß der Bundesrat diejenigen Industriezweige bezeichnen werde, die erwiesener Maßen und ausschließlich bestimmte gefährliche Krankheiten erzeugen und auf welche die Haftpflicht auszudehnen sei. Bis zum Erlass eines besonderen Gesetzes über die Haftbarkeit wurden gewisse leitende Grundsätze für den urtheilenden Richter aufgestellt. — Das Gesetz über die politischen Rechte der Niedergelassenen und Aufenthalter hat den Ständerath wegen Zeitmangels verschoben. — Die Bundesversammlung (vereinigte Räthe) traf die ordnungsmäßigen Wahlen. Bundespräsident für 1877 wurde der bisherige Vicepräsident Heer; der Vicepräsident war eine Schwereburt, da erst im fünften Wahlgange Schenk mit gerade der absoluten Mehrheit von 80 Stimmen herauskam (Hammer hatte 79). Als Präsident und Vicepräsident des Bundesgerichts wurden die bisherigen, Roguin und Morel, bestätigt.

Schweiz.

○ Paris, 20. Dec., Abends. [Devienne.] Der Kriegsminister. — Zur Ausstellung. — Eisenbahnunfall.] Die offizielle „Agence Havas“ leugnet, daß der Präsident des Cassationshofes, Devienne, bereits seine Entlassung gegeben habe. — „Im Bien public“ liest man heute Abend folgende Note: „Ist es wahr, daß in einer der letzten Sitzungen des Ministerraths, worin die Frage der Civilbeerdigungen geprüft wurde, der General Berthaut diese Erklärung abgegeben hat: Ich würde vollkommen damit einverstanden sein, daß man den Mitgliedern der Ehrenlegion, welche sich ohne kirchlichen Beifall begraben lassen, die militärischen Honneurs erwiese; aber wenn ich den Corpscommandanten derartige Befehle ertheile, so würden sie mir nicht gehorchen?“ — Die „Etsafette“, deren Mittheilungen nicht mit unbedingtem Vertrauen aufzunehmen sind, behauptet, der Fürst Hohenlohe habe vor seiner Abreise nach München dem französischen Cabinet den Entschluß der deutschen Regierung, nicht an der Ausstellung von 1878 Theil zu nehmen, offiziell angekündigt.

Darauf habe der Handelsminister den Aussstellungsdirektor Kraus angewiesen, alle Privatanmeldungen deutscher Aussteller zurückzuweisen. — Bei dem Eisenbahnunfall von Alz-les-Bains sind, wie von dort gemeldet wird, 13 Personen tot geblieben und 18 zum Theil schwer verwundet worden.

○ Paris, 21. Decbr. [Aus Senat und Deputirtenkammer.] Zum Conflict zwischen den beiden Kammern. — Zur Affaire von Besançon. — Jules Simon und die antirepublikanischen Präfecten. — Der Kriegsminister und die Civilbegräbnisse. — Deutschland und die Welt-Ausstellung. — Akademisches.] Der Senat hat gestern das Budget des Handels- und Ackerbau-Ministeriums votirt. Von der Discussion ist nicht viel zu sagen, und der ganze Verlauf der Sitzung ließ nicht vermuten, daß die obere Kammer im Begriff steht, gegen die Deputirtenkammer in die Schranken zu treten. Man weiß, welche Anforderungen der Senat in Bezug auf die Budgetfrage stellt, aber man weiß noch nicht, immiweierte er seine Ansprüche in der Praxis geltend machen, mit anderen Worten, welche der von der Kammer verworfenen Credite er wiederherstellen wird. Wenn er sich in der Praxis so verständlich zeigt, wie Pouyer-Quertier in seiner vorgestrittenen Erklärung, so wird möglicherweise der Conflict zwischen den beiden gesetzgebenden Versammlungen noch vermieden werden. Man wird alsdann das Einnahmebudget noch vor Schluss des Jahres promulgiren und die streitigen Punkte des Ausgabenbudgets, die Angelegenheit der Heeresgeistlichen u. s. w., bis zur nächsten ordentlichen Sitzung ruhen lassen. Vielleicht selbst würde unter gewissen Umständen die Kammer in eine nicht zu starke Veränderung der von ihr festgesetzten Ausgaben willigen. Dies wenigstens ist die Meinung der officiösen Kreise; sie erhält eben eine Art von Dementi durch die Debatten, welche gestern in der Budgetcommission der Deputirtenkammer stattfanden. Gambetta führte dort den Vorfall und man beriet lange, was zu thun, um den Senat zur strikten Beobachtung seiner verfassungsmäßigen Rolle zu zwingen. Auf dreierlei Weise, meinte Gambetta, ließe sich eine Abhilfe herbeiführen: erstens indem die Kammer sich durch Aufwerfung der sogenannten Vorfrage weigere, von den Beschlüssen des Senats Nutzen zu nehmen; zweitens indem sie eine Interpretation der Verfassung verlange; drittens indem sie das Senatsvotum verwerfe. Von diesen Mitteln hielt Lepère nur das zweite für nützlich. Die Interpretation der Verfassung würde, wie Gambetta auseinandersetzte, vor den zu einem Compromiß vereinigten beiden Kammern vorzunehmen sein. Wenn die Deputirten den Senat ruhig gewähren ließen, bemerkte abermals Lepère, so würden sie seiner Auffassung stillschweigend zustimmen und so einen gefährlichen Präcedenzfall schaffen; man beschloß eben, eine definitive Entscheidung erst dann zu treffen, wenn der Senat durch ein bestimmtes Votum seine Absichten kundgegeben habe. In Summa also läßt sich der Ausgang des Conflicts noch nicht absehen. — Die Affaire von Besançon hat zwar nicht den Rücktritt Devienne's zur Folge gehabt, aber sie scheint mehrere andere hohe Magistratspersonen, welche seinerzeit den gemischten Commissionen des Kaiserreichs angehörten, zum Rücktritt veranlaßt zu haben. So die Generalprocuratoren de Beauj, de Prandière, de Gabrielli, von Nimes, Grenoble und Bordeaux. Dem neuen Justizminister Martel kommt das trefflich zu Statten. Jules Simon hat mit seinen antirepublikanischen Präfecten weniger Glück. Diese Herren wollen es offenbar darauf ankommen lassen, daß der Minister des Innern sie fortsetze. Man erzählt in Bezug hierauf schon von Misshelligkeiten zwischen Jules Simon und dem Marschall-Präsidenten. Der letztere wolle nicht in die vom Minister beantragte Absehung mehrerer besonders compromittirten Präfecten willigen. Diese Gerüchte traten seit gestern mit so großer Bestimmtheit auf, daß Jules Simon sich gezwungen sehen wird, einen Autoritätsact zu vollziehen, wenn nicht seine Stellung eine sehr schwierige werden soll. Dem „XIX. Siècle“ versicherte man aus guter Quelle, daß an den Instructionen, welche das Kriegsministerium beim Begräbnisse des Generals Pertraud erhalten haben sollte, nichts Wahres ist. So lange aber die Regierung sich nicht mit Bestimmtheit über die fatale Angelegenheit der Civilbegräbnisse ausgesprochen hat, wird der Kriegsminister dem Publikum und den Deputirten verdächtig bleiben, und man wird mit Spannung das erste Civilbegräbnis eines Mitglieds der Ehrenlegion erwarten, um zu sehen, ob Jules Simon's Erklärung über die Gewissensfreiheit nicht ein bloßer oratorischer Kunstgriff gewesen ist. — Der „Figaro“ sagt heute: „Nach Informationen, welche das vollste Vertrauen verdienten, sind wir ermächtigt anzugezeigen, daß die deutsche Regierung nicht ihr letztes Wort betrifft der Theilnahme an der Ausstellung gesagt hat. Aus gewissen Mittheilungen, welche seit einigen Tagen zwischen hohen Personen ausgetauscht worden, geht hervor, daß Deutschland nicht so weit entfernt ist, sich officiell bei diesem friedlichen Turnier vertreten zu lassen, wie man glaubte. Die deutsche Regierung hätte blos noch zehn Tage verlangt, um einen definitiven Entschluß zu fassen.“ — Heute wird Gaston Boissier, der Nachfolger Patin's, in die Akademie aufgenommen.

Großbritannien.

A. A. C. London, 20. Decbr. [Lord Carnarvon,] der Minister für die Colonien, war gestern der Ehrengast eines landwirtschaftlichen Banketts in Dulverton, und benützte diese Gelegenheit, um einige Bemerkungen zur Tagesfrage zu machen und der National-Conferenz zu antworten. In Erwideration des Toastes auf die Gesundheit der Minister bemerkte er:

Seitdem ich hier bin, haben viele meiner guten Freunde sich sehr gütig nach dem Befinden Ihrer Majestät Regierung erkundigt, und ohne die der politischen Controverse gestellten Grenzen zu überschreiten, bin ich glücklich, in der Lage zu sein, meinen guten Freunden die Sicherung geben zu können, daß das Befinden Ihrer Majestät Regierung nach meinem besten Wissen gegenwärtig ein äußerst gutes ist. (Beifall.) Von Zeit zu Zeit sind Recepte geschrieben und uns angeboten worden, aber wie eine gute Menge von Patienten haben wir dieselben mit der größten Actung, Dankbarkeit und Erbietung entgegen genommen, uns aber nicht unter der strengen Verbindlichkeit gefunden, die Medizinen einzunehmen.“ (Beifall und Gelächter.) Der Minister ging dann besonders auf die „Dilettanten-Conferenz“, wie er das St. James Hall-Meeting nannte, ein. In diesem Meeting, sagte er, seien Worte gefallen, die wohl schwerlich die Meinung der großen Majorität der Bevölkerung repräsentirten und die im Parlament höchstens unmöglich seien. Seiner bekräftigte freudig den Zusammertritt des Parlaments, weil die Politik der Regierung von demselben eine unparteiische Beurtheilung erfahren werde. Die Gegenwart sei eine äußerst triftige, aber das Land dürfe sich dazu beglückwünschen, daß in einem solchen Augenblick die Interessen des Landes in solch' würdige und fähige Hände wie die eines Lord Salisbury gelegt seien. Lord Salisbury würde nicht allein sein Außerstes thun, um den christlichen Provinzen der Türkei gründliche Reformen zu sichern, und darauf zu achten, daß diese Reformen von der türkischen Regierung garantiiert werden, sondern auch in Gemätheit des Wunsches seiner Regierung sich bestreben, den europäischen Frieden ohne Gefährdung der Ehre und Interessen Englands aufrecht zu erhalten. „Was auch immer“ — fügte der Minister hinzu — „die Schwierigkeiten, oder wie unsere Krieger sagen, die Mängel Ihrer Majestät Regierung gemesen sein mögen, so kann ich wenigstens dies sagen, daß unser großer Zweck die Erhaltung des europäischen Friedens gewesen ist, und, obwohl der Horizont noch immer von schwerem Gewölk bedeckt ist, dieser Versuch nicht vergebens gewesen ist. Unser Grund für diese Politik ist der gewesen, daß alle Kriege, und insbesondere ein solcher Krieg wie dieser, eine Tendenz haben, den Flächenraum ihrer Operationen zu erweitern. Es ist müßig, von Localisten zu sprechen; es ist eitel, zu glauben, daß man einen Krieg innerhalb

besonderer Grenzen halten kann . . . Ich bin keiner von Denjenigen, welche glauben, ein Krieg sei das schlimmste Uebel, welches die Menschheit beinhauen kann. Es gibt Zeiten und Schwierigkeiten, in welchen solchen gerade ins Gesicht gegeben werden muss, und die Nation, die unter solchen Umständen davor zurückdrückt, fällt sofort von ihrer eigenen hohen Stellung herab. In einer berühmten Sculpturgallerie steht, ich erinnere mich, eine verschleierte Figur deren Hand auf ein Schwert gestützt ist. Die Statue steht ein wenig im Hintergrunde einer Alcove, und ich habe mir oft gedacht, daß dieselbe eine epte Darstellung des Krieges sei — schweigam, abgesondert, verschleiert, der höchste Schiedsrichter, aber nur wenn jedes Auskunftsmitteil erschöpft ist. Groß würde die Verantwortlichkeit dessen sein, der, bevor nicht jedes billige und rechtmäßige Auskunftsmitteil erschöpft worden, diesen Schleier lüftet oder dieses schreckliche Bildnis ins Leben rief. Nun, Ihrer Majestät Regierung glaubt noch immer, daß so trübe auch der Horizont sei, bis jetzt noch keine Ursache für einen Krieg vorhanden ist, daß im Gegentheil reichliche Wege und reichliche Mittel für eine friedliche Lösung vorhanden sind. Die orientalische Frage ist kein gordischer Knoten, der durch das Schwert eines Alexander zu zerhauen ist, sie ist eher, um eine andere Metapher zu gebrauchen, das Gewebe einer Penelope, das, obwohl es oft entwirrt und außer Ordnung gebracht worden, mit Geduld, Geschicklichkeit und Gemüthsruhe wieder ganz gemacht werden darf, und wenn ja, zum Trost und Segen für leidende Nationen. Wenn ich demnach auch fühle, daß der Waffenlärme und der Tritt marschirender Armeen im gegenwärtigen Augenblick ein schlechtes Accompagnement zur Friedens-Conferenz in Konstantinopel bilden, so bin ich doch nicht ohne Hoffnung und glaube auch, daß überall in den Herzen der Haupt-handelnden in diesem Drama ein Wunsch nach Frieden herrscht, wenn dieselbe ehrenhaft erhalten werden kann. Ich glaube nicht, daß die Möglichkeiten einer Beilegung unter allen Umständen erschöpft sind, und werde an der Hoffnung festhalten, daß eine friedliche und zufriedenstellende Lösung der orientalischen Schwierigkeit gefunden werden mag. (Lauter Beifall.)

(Lord Russell) läßt in den Morgenblättern veröffentlichen, daß er schon vor einigen Monaten seinen Namen vor dem Comite des Hilfs-Vereins zur Unterstützung der Bulgaren, deren Ehrensecretär Mr. Lewis Farley ist, zurückgezogen habe.

[Die Schwägerche.] Die Legislatur von Westaustralien hat eine Vorlage angenommen, welche die Schwägerche legalisiert. Wenn diese Bill und die der Legislatur von Queensland die königl. Sanction erhalten haben, wird die Schwägerche auf dem ganzen australischen Festlande legal sein. Das Unterhaus der Legislatur von Neuseeland hat fünf Mal eine ähnliche Bill angenommen.

Provinzial-Beitung.

—d. Breslau, 23. Decr. [Weihnachtsbescherung.] Der Bezirkverein des südwestlichen Theiles der Schweidnitzer Vorstadt veranstaltete am 20. d. M. in Bögel's Restauration auf der Friedrichstraße eine Weihnachtsbescherung armer Kinder des Bezirks. Eingeleitet wurde die Feier mit einem Weihnachtsliede und einer Geist und Herz erhebenden Ansprache des Lehrers Baum von der evang. höheren Bürgerschule Nr. 1, worauf unter Leitung des Hauptlehrers Ischäde von Kindern ein Choral gefungen wurde. Zum Zweck der Einbescherung waren 365 M. 75 Pf. gesammelt worden, wovon 54 Kinder (30 Mädchen und 24 Knaben) ohne Unterschied der Confession beschenkt wurden. Die Knaben erhielten: Lederschuhe mit Doppelloben, Strümpfe, Halstücher, Pulswärmer; die Mädchen: Lederschuhe, Strümpfe, Seelenwärmer, Pulswärmer und Kästchen mit Kamm und Seife, 6 kleine Mädchen erhielten Puppen und Spielzeug. Außerdem fanden Tischläden und Schreibmaterial zur Vertheilung. Sämtliche Kinder erhielten den üblichen Striegel, Aepfel, Pfefferkuchen und Nüsse in reichlichem Maße. Nach der Einbescherung wurde der reich geschmückte Christbaum versteigert und ergab bei der regen Beteiligung der zahlreichen Anwenden eine Summe von 100 M. 62 Pf., welche als Grundstock für eine nächstjährige Einbescherung dienen soll.

[Referendariats-Examen.] Unter dem Vorsitz des Chef-Präsidenten des Königl. Appellationsgerichts, Herrn Holzapfel, wurden am gestrigen Tage zwei Referendariats-Prüfungen abgehalten. Bei dem ersten Examen, welches am Vormittag stattfand, fungirten die Herren Geheimer Justiz-Rath Professor Dr. Hirsch, Professor Dr. von Bar und Appellations-Gerichts-Rath Schmidt II. als Examinateuren. Die sechs Rechtskandidaten Langer, Lauffer, Schärnweber, von Schlebrügge, Voltz und Zibell bestanden sämmtlich die Prüfung. — Bei dem Nachmittags abgehaltenen Examen fungirten die Herren Professor Dr. Giseler und die Appellations-Gerichts-Räthe Damas und Witte als Examinateuren. Auch bestanden die sechs Rechtskandidaten Ferde, Kuschel, Vogt, Riedenthal, Schenzl und Wodke die Prüfung.

Angelommen: Se. Durchl. Fürst v. Czartoryski nebst Gemahlin aus Schloß Wilna. Se. Durchl. Prinz Carl zu Hohenlohe-Ingelfingen aus Darmstadt. Se. Durchl. Fürst v. Czartoryski, Rittergutsbesitzer, auf Schloß Kołtowiz. (Tremend.)

—=— Breslau, 22. Decr. [Der Verein kath. Lehrer] hielt am 18. d. M. im „König von Ungarn“ seine letzte Sitzung in diesem Vereinsjahr. Zuviörderst sei bei Gelegenheit der Verlesung des Protolls folgende Richtigstellung des letzten Vereinsreferates in Nr. 540 dieser Zeitung zu dem Vortrage: „die Regimentsschule“ bemerkte: 1) daß bei den zahlreichen Garnisonstruppen hierzu die Lehrer Gelegenheit zu einer lohnenden und interessanten Nebenbeschäftigung finden; 2) daß für jede Disciplin für den ganzen Cursus — also selbstverständlich nicht wöchentlich — 28 bis 30 Stunden Unterricht angezeigt sind, und 3) daß zu den Arten von Militärschulen außer der in Rade stehenden noch Artillerieschulen, Militärafademien etc. gehören. — Es folgt nun 1) der Vortrag des Collegen Kober II. über Amos Comenius mit besonderer Rücksicht auf seine pädagogische Thätigkeit. Comenius, von seinem Geburtsorte, dem Dorfe Komna in Mähren, so genannt, wurde 1592 von armen Eltern, die zur Gemeinde der mährischen Brüder gehörten, geboren. Er studirte zu Herborn in Hessen Philosophie und Theologie und wurde 1614 Rector der Schule zu Prerau und 1616 der zu Fulneck. Nach der Schlacht am weißen Berge verlor er sein ganzes Vermögen, seine Bibliothek und Handschriften. Darauf begab er sich nach Lissa in Polen und ward Ausseher über die protestantischen Schulen und 1632 Bischof der mährischen Brüder. Seines großen Rufes wegen wurde er nach Schweden eingeladen, um dort die Verbesserung der Schulen zu übernehmen, wurde aber durch die Kriegsruinen verhindert, dorthin zu gehen. 1641 sollte er in gleicher Absicht nach London kommen, konnte jedoch wegen innerer Unruhen seinen Zweck nicht erreichen und ging jetzt nach Schweden, um hier, von dem Kanzler Dreslerne protegiert, für die Organisation der Schule zu arbeiten. Nachdem er auch in Siebenbürgen in derselben Weise thätig gewesen, lehrte er 1656 nach Lissa zurück, wo er zum 2. Male seines Vermögens und seiner Bücher durch eine Feuersbrunst beraubt wurde. Hierauf ging er nach Schlesien, Brandenburg, Hamburg und Amsterdam, wo er am 15. October 1671 starb. Nach dieser biographischen Stütze schilberte der Vortragende den Bildungsgang des Comenius und die daraus resultierenden tiefsitzenden Grundfälle in religiöser und pädagogischer Hinsicht. Schließlich charakterisierte er eingehend seine gelehrten Hauptwerke. Seine schriftstellerische Fruchtbarkeit war eine außerordentliche, da er 92 Werke, nach Anderen 146 Schriften und 12 Handdrucken von sich hinterlassen haben soll. Die ersten Arbeiten waren: Leichtfassliche Schulgrammatik, Hand- und Lehrbücher.

Das Werk: „Janua linguarum reserata“ ist in 12 europäische und morgenländische Sprachen übersetzt. Eines seiner berühmtesten Werke ist auch der „Orbis pietus“ (die gemalte Welt), den Comenius auf das Prinzip der Anschauung im Unterrichte gründete und der 1658 in Ungarn zuerst erschien. Die Methode dieses großen Pädagogen war die similitudinäre oder vergleichende. — Nach der sich an den fleißig gearbeiteten Vortrag anschließenden Debatte, sagt der 2. Punkt der Tagesordnung: die Beratung des Stiftungsfestes. Dasselbe soll den 6. Januar im „König von Ungarn“ wie alljährlich durch ein Souper begangen werden. Zu Festordnern wurden ernannt: die Herren Spiker, Blaßel I., Weißer, Schulz, Trödel und Münnich I. 2) Beihufs Revision der Vereins-Bibliothek wurden deputirt: die Mitglieder der Bibliotheks-Commission unter Buziehung der Vereins-Mitglieder Gasse und Münnich II. 4) Zu der in der letzten Sitzung schon besprochenen Denkmals-Angelegenheit für den verstorbenen Hauptlehrer Franz Kühn wurde ein die Sache in die Hand nehmendes Comite gewählt, die Herren: Canonicus Dr. Kunzer, Stadtrath Korn, Schulinspector Dr. Höhnen, Kaufmann Großpfeisch und die Rectores Steuer, Matzke und Deutshmann, welche sämmtlich die Wahl annahmen. 5) Nachdem der Verein zur endgültigen Revision der Statuten die früher dazu ernannte Commission beauftragt hatte, brachte College Wohl einen Antrag auf Annahme einer Resolution, die er eingehend motivirte und welche schließlich vom Vereine auch angenommen wurde. Dieselbe lautet:

Gegenüber dem in Nr. 49 der „Schles. Schulzeitung“ enthaltenen Artikel: „Kein Bericht — aber ein offenes Wort über die Breslauer Elementar-Schulverhältnisse“, erklärt der Verein kathol. Lehrer Breslau's hierdurch Folgendes:

1) Der Verein hält es für das Recht und die Pflicht der Breslauer Lehrerschaft, etwaige Uebelstände im Breslauer Schulwesen jederzeit in angemessener Weise zu besprechen, um deren Abstellung zu bewirken. Der Verein hat dies Recht stets geübt und wird es auch in Zukunft ausüben.

2) Der Verein kann den obengenannten Artikel als eine derartige, angemessene Besprechung nicht ansehen; denn derselbe enthält Ueberreibungen, welche die wahre Sachlage vollständig entstellen, und ist in einem Tone geschrieben, der seiner Bitterkeit wegen von uns nicht geneillt werden kann.

3) Der Verein protestiert energisch gegen die in diesem Artikel ausgesprochenen Verdächtigungen der Breslauer Lehrer.

Darauf wurde die Sitzung um 11 Uhr geschlossen.

X. Neumarkt, 22. Decr. [Tageschronik.] Schon wieder registriert ich ein Unglück durch die Dreschmaschine im hiesigen Kreise. In Jenkwitz geriet ein junges Mädchen in das Getriebe einer solchen Maschine und wurde ihr durch dasselbe das eine Bein zerausgeschnitten. Man hat das Mädchen sofort nach Royn zum Schäfer geschafft, der ihr leider auch nicht helfen konnte. Die Unglückliche lebt und wird amputirt werden müssen. — Auch unserer Armen und Waisen ist diesmal mit einer Weihnachtsbescherung

Wie wir erfahren, ist gestern ein der Witwe N. von hier gehöriges Pferd als rohverdächtig vom Abdecker überwiesen und bei der Obduction des Todes durch Herrn Thierarzt Küllrich von hier die Wurmfrankheit (Röhr) konstatiert worden. Seitens der Polizeiverwaltung ist die sofortige gründliche Desinfection des Stalles, der Stallgeräthschaften etc. angeordnet und auch überwacht worden. — Die von dem Physiker Herrn Amborg in den ersten drei Tagen dieser Woche im Burda'schen Saale gehaltenen Vorträge und Experimente waren höchst gelungen und wurden von dem zahlreich erschienenen Publikum mit großem Beifall aufgenommen. — Die Weihnachtsbescherung für arme Kinder der evangelischen Gemeinde findet Freitag, den 22. d. Miss., 1/2 Uhr Abends, in der Kirche, die vom Vincenz-Frauen-Verein für arme katholische Schulkinder veranstaltet am 23. d. Miss. Nachmittags 4 Uhr im Saale des Deutschen Hauses und die Seitens der altkatholischen Gemeinde für ihre armen Schulkinder veranstaltete Weihnachtsbescherung am 24. d. Miss. in Trautweeters Saale statt.

L. Leschnitz, 21. Decr. [Bur. „Uebersicht“.] Aus der Schule. — „Breslauer Zeitung.“] Die „Schles. Volkszg.“ ist über das ihr beigelegte Epitheton „verlogen“ wie von der Tarantel gestochen. Es entspricht ihrer Kampfweise, wenn sie in ihrer Reproduction unserer „Uebersicht“ gerade die Stelle wegläßt, welche auf ihre Hauptleistung in der Verlogenheit hinweist und dann mit frecher Stirn ihrem Leser mehr macht, wir hätten auch nicht eine einzige von ihr angeführte Thatache als Lüge constatirt. Um ihr indessen ihr stark verbliches Gewissen etwas aufzuwischen, erinnern wir sie nochmals an ihren Bericht über den singirten Besuch des Pfarrers Sterba in hiesiger Dorfschule und an ihr Benehmen den dieshalb erhebenden Reclamationen gegenüber. Wir schließen hiermit diese Controverse, um den Raum Ihrer Zeitung nicht an moralisch Todtes zu verschwenden. — Gleichwohl müssen wir auf einen andern Bericht der „Schles. Volkszg.“ als wesentlich zurückkommen. Dieselbe hatte berichtet, Pfarrer Sterba habe am 5. d. Miss. in Begleitung des Bürgermeisters die hiesige Schule besucht und es seien bei diesem Besuch Dinge vorgekommen, welche wohl die Eltern zu Reclamationen veranlassen würden. Thatache ist: der Pfarrer besuchte die betreffende Klasse allein, um den lehrplanmäßigen Religionsunterricht abzuhalten. Gegen Schluss der Religionsstunde trat der Bürgermeister ein und erklärte dem sich entfernen Pfarrer, er habe als Local-Schulinspector in der Klasse einiges zu regeln. Wohl von dem Correspondenten der „Schles. Volkszg.“ horanguirt, reichten in der That 29 hiesige Bürger eine Beschwerde bei der Kreis-Schulinspektion ein, welche wie eine Anklage gegen Pfarrer Sterba klung. Sterba, dem dieselbe zur Berichterstattung überwandt wurde, stellte den Unterzeichneten eine dreitägige Frist, um sich von dem wahren Sachverhalt zu unterrichten und dann mit männlicher Offenheit die Beschwerde zurüdzunehmen. Am dritten Tage erklärte ihm der Urheber der Beschwerde, man habe sich durch Hezerei irre leiten lassen und werde durch Zurücknahme des Schriftstückes Genugthuung leisten. — Die „Breslauer Zeitung“ wird beim Quartalswechsel hier mehrfach gegen ein anderes Organ eingetauscht werden.

B. Gultschin, 21. Decr. [Bur. Tageschronik.] Eine vor einigen Tagen höheren Orts erlassene Verfügung an die hiesige Gewerkschaft, wonach fernherin auf der Oderplatte bei Petrzlowitz außer den zu Herrschaft von Rothschild'schen Zweien dienlichen Hubwerken kein Privatgespann nach und von Oesterreich überfahren werden darf, veranlaßt die betreffende Gemeinde eine Petition an die zuständige Behörde, um Erteilung einer unbeschränkten Concession in der Platte einzureichen. Ob und wann diese Petition eine Verabsichtigung finden wird, ist eine Frage. — Unwillkürlich drängt sich hierbei die Frage auf: Wird nicht bald die seit vier Jahren projectierte Oderbrücke bei Petrzlowitz nach Bahnhof Ostrau ihrer Verwirklichung entgegengehen? Obwohl wir die Gewissheit haben, daß nicht unsere Behörde Schuld an dieser Verzögerung trägt, so glauben wir doch annehmen zu dürfen, daß, wenn wieder und immer wieder die österreichische Behörde in Betreff der Beschleunigung ihrer Leistung angegangen wäre, sie doch endlich einmal zur Ausführung des Projektes schreiten würde. — Es sei nun wie es sei. Die Überfahrt bei Petrzlowitz ist für Privatgespann gesperrt, und wir Grenzbewohner, welche der Existenz wegen in permanenter Verbindung mit den österreichischen industriellen Etablissements stehen, müssen den Weg nach Ostrau über Hručau, also eine halbe Meile bergigem Umweg machen, und außerdem in Ostrau 40 Kr. resp. 66 Pf. Brückenzoll zahlen. Es sind diese Objekte, die bei schlechtem Wege und jeglicher ohnehin schweren Zeit sehr ins Gewicht fallen. — Unsere hohe Behörde würde uns zum Danke verpflichten, wenn sie den Brückbau bei Petrzlowitz recht beschleunigen möchte.

Berlin, 22. Decr. Die Ultimoregulirung, welche sich diesmal des Jahres schlußes halber, weniger mit Prolongationen als mit glatter Erledigung beabsichtigte, gab der Börse ihre Färbung und unterbrach zum Theil die Geschäftsstille, welche auch heute vorwiegend blieb. Von der Thronrede erwartet man zwar nicht, daß der politischen Lage besonders Erwähnung thun werde, indeß erhielt das Unbekannte des Inhalts der kaiserlichen Ansprache an den Reichsrath immerhin die Börse in einer gewissen Spannung. Zu Prolongationszwecken waren Rentenpapiere begehrt, während Oester-Credit offerirt wurden, später traten starke Dedungsläufe für Credit hervor, welche dem Course Fertigkeit gaben. Mit den getriggerten Schlüpfen einsehend schwungen, die internationalen Speculationspapiere steigende Richtung ein und schlossen mit höchsten Coursen. Die österr. Nebenbahnen blieben unverändert, selbst in Galiziern fand nur ein ganz unbedeutender Verkehr statt. Rudolfsbahn und Pardubitzer trugen eine ausgesprochen matte Physiognomie. Die localen Speculationsseiten bewegten sich in jeder Haltung und gingen auch mit einigen Coursabwancen aus dem Verlehrte hervor. Disc.-Comm. 106,90, ult. 106,75—106,60, Laurabütte 70,75 ult. 70,75. Einem lebhaften Umfaß haben von den ausländischen Staatsanleihen Italiener und österreichische Papierrente aufzuweisen, Goldrente befreit sich dagegen nur schwach am Verlehrte 56%. Auch Silberrente und 1860er Lose blieben eher vernachlässigt, russische Wertpapiere ziemlich lebhaft aber nur wenig seit, 5 v. Et. Anleihe pro ult. 81—81 1/2—80%, Prämienanleihe niedriger. Preußische Fonds zwar im Allgemeinen fest, doch blieben nichts desto weniger einige Rückgänge zu verzeichnen. Andere deutsche Staatspapiere ganz unbelebt. Eisenbahn-Prioritäten wurden wenig beachtet, nur in einheimischen Devisen fand einiges Geschäft statt. Auf dem Eisenbahnmarkt herrschte eine recht seltene Tendenz, die Umsätze blieben indeß ganz belanglos. Von den reinlich-westfälischen Speculationsdevisen zeichneten sich wiederum Rheinische durch regere Nachfrage aus, Halberstädter und Potsd. besser. Leichte Bahnaction unbeteilt, Berl.-Dresden, Nahe, und Ostspreuß. Südbahn offerirt. Bantactions erwiesen sich als recht fest und liefern auch im Allgemeinen Regsamkeit nicht ganz vermissen. Preußische Boden-Credit ging sehr lebhaft zu nicht ganz unbedeutend höherem Course um, auch Preußische Hypotheken-Aktionen-Bank wiederum besser, Braunschweigische Bank, sowie Börsenhandelsverein steigend. Magdeburger Bantverein zog um 3% im Course an. Luxemburger Bank sehr ruhig bei etwas höherer Notiz. Centralbank für Industrie zu leichtem Course rege. Deutsche Bank und Dessauer Landesbank schwächer, Posener Spittelbank offerirt, Schaffhausen weichend. Norddeutsche Grundcredit matt und niedriger, auch Höhner gedrückt. Unterpener Centralbank nachgebend. Industriepapiere meist gefäßlos. Viehpfund niedriger. Große Pferdebahn zu leichtem Course offerirt. Görlitzer Eisenbahnbedarf begehrt, auch Oberschlesischer Eisenbahnbedarf in einem Verkehr. Donnersmark beliebt. Braunschweiger Kohlen niedriger.

Um 2½ Uhr blieb Festigkeit vorherrschend, da man erfuhr, daß in der Thronrede die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens zum Ausdruck gebracht sei. — Credit 217,00, Lombarden 125,00, Franzosen 416,50 Reichsbank 151,25, Disconto-Commandit 107,00, Dortmunder Union 5,60, Laurabütte 70,90, Köln-Mindener 100,50, Rhein. 112,25, Bergische 78,25, Rumänen 8,00, Türken 8,40.

Wien, 22. Decr. [Die Einnahme des italienischen Nebes] in der Woche vom 9. bis zum 15. December betrug 775,030 Fl., die Mehreinnahme desselben 17,979 Fl., die Gefammt-Mehreinnahme des italienischen Nebes seit 1. Juli d. J. 745,055 Fl., die Gefammt-Mindereinnahme des österreichischen Nebes seit 1. Januar d. J. 78,870 Fl.

Triest, 22. Decr. Der Lloyd-dampfer „Nenus“ ist mit der ostindischen Überlandpost heute Nachmittag 1 Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

New York, 22. Decr. Der Dampfer „Egypt“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

December 22. 23.	Nachm. 2 u.	Abds. 10 u.	Morg. 6 u.
Luftwärme	—5°,1	—6°,3	—7°,2
Luftdruck bei 0°	324°,91,	326°,30	327°,16
Dunstdruck	1°,16	1°,04	0°,89
Dunstfältigung	94 v. Et.	94 v. Et.	88 v. Et.
Wind	NW. 1	ND. 1	NW. 2
Wetter	trüb.	bedeckt.	Schnee.

Breslau, 23. Decr. [Wasserstand.] D. 3. 5 M. 10 Cm. U. 3. 5 M. 10 Cm.

Fonds- und Geld-Course.

	Wechsel-Course.		
Consolidierte Anleihe.	104 1/2	104 1/2	bz
do. de 1876.	95 15 bz		
Staats-Anleihe.	95 15 bz		
Staats-Schuldscheine.	92 25 bz		
Präm.-Anleihe v. 1835.	137 25 bz		
Berliner Stadt-Oblig.	101 60 G		
Pommersche	82 50 G		
do.	93 50 bz		
do.	101 30 bz		
Pfandbriefe.			
Posenische neue.	93 40 bzB		
Schlesische.	83 90 G		
Kur. u. Neumärk.	94 70 bz		
Pommersche.	94 50 bzG		
Preussische.	94 70 bz		
Westf. u. Rhein.	94 50 G		
Sächsische.	94 50 bz		
Schlesische.	95 G		
Badische Präm.-Anl.	94 90 bz		
Bayerische 4% Anleihe	117 40 bzG		
OÖl-Mind. Pfändchen.	121 50 bz		
Ducaten.	106 50 bzG		
Kurh. 40 Thaler-Loose.	215 50 bz		
Badische 35 Fl.-Loose.	133 90 bz		
Braunschw. Präm.-Anleihe.	83 75 G		
Oldenburger Loose.	132 bzG		
Do.	20 34 bz		
Napoleons 16,24 bz	Oest. Bkn. 161,50 bz		
Imperials 16,70 bz	Euss. Bkn. 249,85 bz		
Dollaren 4,18 bz			
Hypotheken-Certificates.			
Krupp'sche Partial-Obl.	102 G		
Uakb. Pfid. d. Pr. Hyp.-B.	93 25 bzG		
do. do.	109 75 bz		
Deutsche Hyp.-B. Pfid.	93 75 bzG		
do. do.	101 bzG		
Kinderh. Cent.-Bod.-Cr.	100 16 G		
Ulkünd.	105 50 bz		
Zo. rückzb. a. 110 50 bz	104 50 bz		
do. do.	95 bz		
Euk. Hd. Pr. Bd.-Crd. B.	5		
III. Em. do.	102,40 bzG		
Kinderh. Hyp.-Schuld.	100 G		
Hyp.-Anth.-Nord.-G.-B.	101 bzG		
do. do. Pfandbr.	101,20 bzG		
Pomm. Hyp.-Briefe.	108 G		
do. do. II. Em.	100,50 bz		
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	107,40 G		
do. do. II. Em.	105,40 bz		
do. 5% Prkzlbm. I. 118	101 bz		
Wiener Silberpfandbr.	30,75 G		
Ausländische Fonds.			
Cent. Silberreste.	41 1/2	52,80 bz	
Ch. 1/2, u. 1, 1/2, 1/2, 1/2	52,90 bz		
do. Papierrente.	41 1/2	48,25 bz	
Ch. 1/2, u. 1, 1/2, 1/2, 1/2	48,25		
do. 6ter Präm.-Anl. v. 60.	5	93,30 bz	
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	267 etbzB	
do. Credit-Loose.	238 50 bz		
do. 6ter Loose.	147,25 bz		
do. do. 1866.	149,60 bz		
do. Bod.-Cred.-Pfd.	77,75 bzG		
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	—		
Buss.-Poln. Schatz-Obl.	75,75 G		
do. Mährisch-Posener.	92,50 G		
Südd. Bod.-Cred.-Pfd.	101,50 G		
do. do. 4% 1/2% 4%	98 G		
do. do. 4% 1/2% 4%	30,75 G		
Eisenbahns-Prioritäts-Aktionen.			
Berg.-Märk. Serie II.	105 1/2	99 bz	
do. III. v. 83,4%.	85,60 G		
do. do. VI.	97,50 G		
do. Hess. Nordbahn.	5		
Berlin-Görlitz.	102 B		
do. Lit. C.	—		
Breslau-Freib. Lit. D.	94 G		
do. do. E.	94 G		
do. do. F.	93,50 G		
do. do. G.	93,50 G		
do. do. H.	—		
do. do. I.	80,30 bzB		
do. von 1876.	98,80 G		
Cöln-Minden III. Lit. A.	—		
do. do. II. Lit. B.	99 B		
do. do. IV.	91,40 bz		
do. do. V.	99 B		
Baltic-Sorau-Guben.	100,20 G		
Hannover-Altenbeken.	100,50 G		
Mährisch-Posener.	96 B		
W.-M. Staats-B. II. Ser. 4.	95 B		
do. do. III. Ser. 4.	96,50 bz		
do. do. III. Ser. 4.	—		
Oberschles. A.	—		
do. B.	—		
do. C.	—		
do. D.	—		
do. E.	—		
do. F.	84,40 G		
do. G.	100,50 bzG		
do. H.	98,50 bz		
do. von 1868.	101,75 bzB		
do. von 1874.	97,75 bz		
do. Brieg.-Neisse.	—		
do. Cosel-Oderb.	—		
do. do. de.	102 bzG		
do. Stargard.-Posen.	—		
do. do. II. Em.	—		
do. do. III. Em.	—		
do. do. IV.	—		
do. do. V.	—		
do. do. VI.	—		
do. do. VII.	—		
do. do. VIII.	—		
do. do. IX.	—		
do. do. X.	—		
In Liquidation.			
Berliner Bank.	0	fr. 87,80 G	
Berl. Bankverein.	4 1/2	0 fr. 85 G	
Berl. Lombard-B.	—	fr. 4,56 G	
Berl. Makr.-B.	—	fr. 57,50 B	
Berl. Wechsler-B.	—	fr. —	
Centralb. G. Genos.	—	fr. 95,25 B	
Deutsche Unions.	3	fr. 64 G	
Hannov. Disc.-Bk.	9 1/2	fr. 93 G	
Hessische Bank.	—	fr. 55,50 G	
Osidentakte.	—	fr. 99 bzG	
Pr. Credit-Anstalt.	—	fr. 99 bzG	
Pr. Cent.-Bod.-Cr.-B.	9 1/2	fr. 117,50 bzG	
Sächs. Bank.	10 1/2	fr. 123,50 G	
Sächs. Cred.-Bank.	—	fr. 24 G	
Schl. Bank-Verein.	5	fr. 86,50 G	
Thüringen-Bank.	6	fr. 70 B	
Weimarer Bank.	5 1/2	fr. 36,90 bzG	
Wiemar-Gera.	5	fr. 74 G	
Industrie-Papiere.			
Berl. Eisen.-Bd.-A.	7 1/2	fr. 71,90 G	
D. Eisenbahn-B.	0	fr. 5,10 bzG	
do. Reichs-u. Co. E.	4	fr. 64,25 bzG	
Märk. Sch. Masch. G.	0	fr. 9,30 G	
Nordd. Gummifab.	5 1/2	fr. 52 G	
do. Papierfab.	0	fr. —	
Westend. Com.-G.	0	fr. 2,80 G	
Pr. Hyp.-Vera.-Act.	18 1/2	fr. 118,25 bz	
Schles. Feuerverv.	17	fr. 733 bz	
Institutionen.			
Donnersmarckhütte.	4	fr. 17,90 B	
Dörtn. Union.	6	fr. 5,60 B	
Königs.-u. Laurah.	10	fr. 70,75 G	
Lauchhammert.	0	fr. 25 B	
Marienhütte.	7 1/2	fr. 61 bz	
Osch. Eisenwerke.	0	fr. 6,25 G	
Schl. Kohlenwerke.	0	fr. 6 G	
Schl. Zinsh.-Action.	7	fr. 77,50 bz	
do. St.-Pr.-Act.	7	fr. 81,50 bzG	
Tarnowitz. Berg.	0	fr. 35 G	
Vorwärthütte.	1	fr. 12 B	
Baltischer Lloyd.	0	fr. 41,50 G	
Bresl. Bierbrauer.	0	fr. —	
Bresl. E. Wagenl.	6 1/2	fr. 49 G	
Erdm. Spinnervi.	1	fr. 44 G	
Görlitz. Eisenb.-B.	2 1/2	fr. 41 G	
Hoffm's Wag. Fabr.	0	fr. 11,25 G	
O. Schl. Eisenb.-B.	2	fr. 26,26 G	
Schl. Leinenind.	7 1/2	fr. 68,25 G	
do. Porzellan.	0	fr. 8 G	
Wilhelmsbütte MA.	4	fr. 69 bzG	
Bank-Discount 4 1/2 pct.			
Lombard-Zinsfuss 5 1/2 pct.			
Telegraphische Depeschen.			
(Aus Wolff's Telegraph.-Bureau.)			
Bien. 22. Decbr. Die „Prest“ meldet: Der Prioritätencurator der Mährisch-Schlesischen Centralbahn legte dem Curatelgericht das Pro-			
jet der Comites des Stützbarter Prioritätenbestätter betreffs Umwandlung der Prioritäten in Prioritätsacaten vor. Das Curatelgericht forderte die Zustimmung alle Prioritätenbestätter, worauf der Curator die Proposition dem Dresdner Comite mittheilte.			
Versailles, 22. Dec. Sitzung des Senats. Die Berathung des Budgets wurde fortgesetzt, die Budgets für das Ministerium des öffentlichen Untererrichts und des Innern wurden genehmigt, die von der Deputirtenkammer gestrichenen Credite für die theologischen Facultäten zu Aix und Rouen wurden wieder hergestellt.			
(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)			
Bien. 22. Dec. Das heute Abend erscheinende „Tagblatt“ meldet: daß Wiener Cabinet hat zwar beschlossen, daß Österreich Belgrad nicht occuire, die österreichischen Monitors erhielten jedoch die Odrore, vor Belgrad zu bleiben und bei einer Wiederholung serbischer Ausschreitungen Belgrad zu bombardiren.			
Petersburg, 22. Decbr. Der hiesige belgische Vertreter hat in besonderer Audienz gestern dem Fürsten Gorischkoß erklärt, daß Belgien es ablehnen müsse, die Occupation zu übernehmen, weil die belgische Verfassung die Verwendung belgischer Truppen im Auslande nicht zulasse.			
Telegraphische Course und Börsennachrichten.			
(Aus Wolff's Telegraph.-Bureau.)			
Frankfurt a. M., 22. Decbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 204, 20. Pariser Wechsel 81, 18. Wiener Wechsel 161, 35. Böhmisches Westbahn 132 1/2. Elisabethbahn 107 1/2. Galizier 161 1/2. Franzosen 207 1/2. Lombarden* 63. Nordwestbahn 92%. Silberrente 52%. Papierrente 48%. Russische Bodencredit 77%. Russen 1872 83%. Amerikaner 1885 101. 1860er Loope 93 1/2. 1864er Loope 240, 80. Creditactien* 106%. Österreichische Nationalbank 665, 00. Darmst. Bank 98%. Berliner Bankverein 85%. Frank. Weißslebenbank. — Österreichische Bant. — Meiningen Bant 67%. Heilige Ludwigsbahn 95%. Überbrente —. Ungarische Staatssloge 128, 70. do. Schaganweisungen alte 77 1/2. do. Schaganweisungen neue 75%. do. Ostbahn-Obligationen II. 53%. Central-Pacific 97 1/2. Reichsbant 150%. Silvercoupons —. Goldrente 56 1/2%. Fest, aber unbelebt.			
Roggens — ver mediis resp. per ultimo.			
Hamburg, 22. Decbr. Nachmittags. [Schluß-Course.] (Bspäter eingetroffen.) Hamburger St.-Br.-Actien 115, Silberrente 52%, Creditactien 106%, 1860er Loope 93 1/2, Franzosen 518, Lombarden 156, Itali. Reate 69 1/2, Vereinsbank 118, Laurahütte 70%, Commerzbank 95, Norddeutsche 123 1/2, Anglo-deutsche 41%, Internationale Bant 83%, Amerikaner de 1885 96. Köln-Minden. St.-A. —, Rhein-Eisenbahn do. 112%, Bergisch-Märkt. do. 78%. Disconto 3 1/2 v. C. —. Fest.			
Silber in Barren pr. 500 Gr. fein Mt. 83,00 Br. 82,00 Gb.			
Wechselnotierungen: London lang 20, 35 Br., 20, 29 Gb., Wien 159, 50 Br., 157, 50 Gb., Petersburger Wechsel 247, 00 Br., 241, 00 Gb.			